

Berlin, Mittwoch,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Abonnements-Preis: vierteljährlich für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 M.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. Kreuzband-SENDUNG 20 M. per Vierteljahr.

Abonnements werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Ammel in Straßburg i. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 FINE STREET E. C. Comie & Co. in London, 19 GRESHAM STREET E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Abonnements werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 11. November 1891.

Als Gratis-Beilage erscheinen

Submissions-Anzeiger.

Hôtels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die viergespaltene Zeile 40 Pf., Reclametheil 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierbei als III. Beilage: Submissions-Anzeiger.

Der Zustand im südlichen Brasilien.

Der verhängnisvolle Wechsel von Staatsstreich und Revolutionen, welcher die aus Spanischen und Indianerblute allzu feurig bevölkerte Bevölkerung Südamerikas kennzeichnet, scheint in Brasilien in der Folge, in welcher er soeben in Chile sich gezeigt hat, wiederzukehren. Für den Verdacht, daß Nordamerikanische Intriguen hineinspielen, war in Chile durch die intime Freundschaft zwischen Palma-Caba und dem Befehlshaber der Union, Patric Egan, und durch das Verhalten dieses Diplomaten während des Kampfes und nach der Katastrophe ein Anhalt gegeben. Was Brasilien angeht, so beschränkt sich der Anlaß zum Argwohn auch nicht auf innere Gründe, auf die notorischen Verbrechen der Unionsregierung, die Schwächen der kleineren Amerikanischen Gemeinwesen auszuweisen, um ihrer Herr zu werden, sondern eine bezweckte Thatfache liegt vor in dem von der Regierung Fonseca mit der Union abgeschlossenen Handelsvertrag, welcher Brasilien schwer beschädigt und eines der Momente ist, die im Lande gegen den Präsidenten die größte Unzufriedenheit erregt haben. Die Brasilianer begreifen, daß die ungeheure Uebermacht Nordamerikas im Laufe der Zeit dazu gelangen kann, aus der ihnen angelegten wirtschaftlichen Fessel eine politische zu schmieden. Die Bevölkerung glaubt auch, daß der Präsident bei jenem Vertrage nicht reine Hände bewahrt habe, und kommt zu dieser Meinung in Folge der ungelungen Finanzwirtschaft, die im letzten Jahre getrieben ist, und der maßlosen Bejahung aller dem Präsidenten und seinen Ministern nahe stehenden Personen mit Aemtern und allerlei Sinecuren. Man vernimmt Redlichkeit, Gerechtigkeit, Unvergleichlichkeit.

Der Congress hat in idiosyncratischer Weise den Beschwerden des Ausdrucks gegeben und gerügt, daß der Präsident sich oft über geistliche Vorherrschaft hinwegsetze und nach wie vor als Dictator aufträte. Fonseca ließ darauf antworten, daß im Congress sich Verächter befänden, welche die Wiederherstellung des kaiserlichen Thrones beschützten. Mehrere vom Congress beschlossenen Gesetze hat der Präsident bei veto entgegengekehrt. Als nun bei dem Gesetzentwurf, der dem Venerablen und der Häufung von einträglichen Stellen im Besitze der Einkünfte vorbeugen sollte, der Congress gleichmäßig das veto durch den wiederholten Beschluß mit Zweidrittelmehrheit entkräften wollte, fehlte eine Stimme. Die Mehrheit erklärte aber eine gegen das Gesetz abgegebene Stimme, und zwar die des Bruders des Präsidenten, für ungitlich. Dies gab den Ausschlag für den Staatsstreich. Daß derselbe nicht als endgiltige Entscheidung anzusehen sei, sondern zu Kämpfen im Lande führen werde, konnte man aus den außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln des Dictators entnehmen. Noch ist der Telegraphen-Drath nicht freigegeben und auf den Plätzen von Rio de Janeiro bivouaciren Soldaten.

Die südliche Provinz von Brasilien (jetzt föderativer Staat) Rio Grande do Sul hat sich für unabhängig erklärt. Sie ist die mit den übrigen Theilen des Landes am wenigsten durch Interessengemeinschaft verbundene, und das Secessionverlangen hat sich schon lange geäußert. Früher ist auch mehrfach die Neigung zum Anschlusse an Argentinien hervorgetreten, allein neuere Vorgänge dort mögen dieselbe wesentlich vermindert haben. Rio Grande do Sul hat blühenden Ackerbau und hochentwickelte Viehzucht, bekanntlich ist die Deutsche Auswanderung dorthin seit Jahrzehnten ziemlich beträchtlich, und die Colonisten sind zum Wohlstand gelangt, ihre Dörfer zeichnen sich vor anderen aus. Die Republik hat den Einwanderern die ihnen vom Kaiserreiche herenthaltenen politischen Rechte ertheilt und die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse ausgesprochen. Inzwischen an höchsten steht den Bauern ihr materielles Gedeihen und das Regiment Fonseca hat nicht bloß die Bedingungen desselben vernachlässigt, sondern auch die öffentlichen Lasten bedeutend vermehrt.

lässt, sondern auch die öffentlichen Lasten bedeutend vermehrt.

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Unabhängigkeitserklärung mit Plänen, das Kaiserthum zu constituiren, zusammenhängt. Der kleine Staat, an Ausdehnung ungefähr Uruguay gleich, will sich selbst regieren und fährt wahrscheinlich am besten dabei, die Deutschen werden einen über ihre Zahl weit hinausgehenden Einfluß üben. Der Dictator ist nun vor das Dilemma gestellt, den Abfall eines Staates zu dulden und so seine Dünmacht darzuthun, oder die Unterwerfung zu versuchen, auf die Gefahr hin, daß sich vielleicht das ganze Reich gegen ihn erhebt, in welches die in höchster Erbitterung aus Rio abgereisten Congressmitglieder die Aufregung getragen haben. Den alten Kaiser Pedro zurückzurufen oder seinen Enkel, dem ältesten Sohn des verachteten Grafen von Eu und der von den Jesuiten beherrschten Tochter Pedros, einen Jüngling von 16 Jahren, zu ihrem Herrn zu machen, werden die Brasilianer kaum geneigt sein, wenn auch die ultramontane Partei ziemlich zahlreich ist. Ein solcher Versuch würde sicher den Bürgerkrieg zur Folge haben.

Wir wollen dem Lande wünschen, daß die Krise schnell und ohne ein Blutvergießen, wie es dem Sturze des Präsidenten von Chile vorangegangen, überwunden werde.

Telegraphische Depeschen.

Saunau, 10. November. (G. L. C.) In der heute stattgehabten letzten Sitzung des Vorstandes der Deutschen Colonialgesellschaft wurde nach einem Vortrag des Staatsministers a. D. Hofmann beschlossen, das zu gründende Syndicat zur Ansiedelung Deutscher Auswanderer in der Ostafrikanischen Colonie durch Ankauf von Antheilseinen zu unterstützen. Graf Weizsäcker sprach über die Lage in Ostafrika. Die nächste Vorstandssitzung findet am 26. März 1892 in Berlin statt.

Wien, 10. November. (G. L. C.) Abgeordnetenhaus. Das Recrutementcontingent für 1892 wurde bewilligt. Gegenüber den Ausführungen zweier jugendlichen Abgeordneten über eine angeblich schlechte Behandlung der Mannschaft in der Oesterreich-ungarischen Armee hob der Landesverteidigungsminister, Graf Welserhschmid, hervor, in keiner Armee Europas sei die Behandlung der Mannschaft besser als in der Oesterreich-ungarischen. Er müsse sich auf das Entschiedenste gegen jede Sonderung in der Armee nach Nationalitäten aussprechen. Die Armee müsse eine gemeinliche bleiben als ein Bollwerk des inneren Friedens. Die territoriale Einteilung sei nach militärischen Gründen, nicht nach den politischen Landesgrenzen getroffen. Die Ergebnisse der Einjährigfreiwilligen-Prüfungen seien in letzter Zeit geradezu glänzend ausgefallen.

Paris, 10. November. (G. L. C.) Guten Bernehmen nach hat sich der Ministerrat heute Vormittag mit der für die nächste Zeit in Aussicht stehenden Interpellation über die allgemeine Politik beschäftigt. Wie es heißt, werde das Cabinet bei dieser Gelegenheit eine klare und bündige Erklärung hinsichtlich der von ihm befolgten Politik abgeben. — In parlamentarischen Kreisen glaubt man, die Antwort der französischen Regierung bezüglich des in Egypten anlässlich der Gesundheitsvorschriften entstandenen Conflictes würde erst in einiger Zeit erfolgen, da die amtlichen, diese Angelegenheit betreffenden Aeußerungen erst vor ganz kurzer Zeit dem Auswärtigen Amte zugeestellt wurden.

In Nevers wurden in einer dortigen Kohlengrube durch das Herabstürzen des Förderkorbes 3 Arbeiter getödtet und 5 schwer verletzt.

Petersburg, 10. November. (G. L. C.) Die Gerichte über eine bevorstehende Erschwerung der Weizenausfuhr erhalten sich und in wohl unterrichteten Kreisen verläuft, daß entweder ein Ausfuhrverbot oder die Einführung eines Ausfuhrzolls noch im Laufe dieses Monats zu erwarten sei. (Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

Antliche Nachrichten.

Der König hat dem Rentier Paul Behndt zu Kiel den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Ober-Baurath a. D. und Geheimen Regierungsrath Lohse zu Köln den Königlich Kronen-Orden zweiter Klasse, dem technischen Gymnasiallehrer a. D. Schulz zu Rogasen und dem städtischen Polizei-Commissar a. D. Marold zu Halle a. S. den Königlich Kronen-Orden vierter Klasse, dem emeritirten Lehrer Liege zu Schartau im ersten Reichswissenschaftlichen Kreis der Inhaber des Königlich Haus-Ordens von Hohenzollern, sowie dem Gerichtsvollzieher Wellnitz zu Greifenhagen und dem Schafmeister Wiedel zu Henneferode im Kreise Marienburg i. S. das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Der König hat dem Kronprinzen von Siam, Maha Bajitrubhis, den Rothen Adler-Orden erster Klasse verliehen.

Der Kaiser hat dem Ober-Stallmeister Grafen von Wedel die Erlaubniß zur Anlegung der ihm verlehnten ersten Klasse des Königlich Bayerischen Verdienst-Ordens vom heiligen Michael ertheilt.

Der Kaiser hat am Montag, den 9. d. M., den außerordentlichen Abgesandten des Königs von Siam Prinzen Damrong Rajanubhab, Halbbruder des Königs, gegen 7 Uhr Abends im Neuen Palais zu Potsdam in feierlicher Audienz empfangen und aus dessen Händen ein Schreiben des Königs von Siam entgegengenommen.

Der Audienz wohnte der Staatssecretär des Auswärtigen Amts, Wirkliche Geheime Rath Freiherr von Marschall bei.

Der Kaiser hat dem Landgerichts-Rath Weber behufs Uebertritts in das Notariat die erbetene Entlassung aus dem Amt eines Richters bei dem Landgericht in Saargemünd unter Verleihung des an die Stelle seines derzeitigen Amtscharakters tretenden Charakters als Justiz-Rath ertheilt.

Dem zum General-Consul des unabhängigen CongoStaats für Deutschland mit dem Sitz in Hamburg ernannten Kaufmann Eduard Böhlen ist das Exequatur Namens des Reichs ertheilt worden.

Der bisherige Landgerichts-Rath Weber in Saargemünd ist zum Notar im Landgerichtsbezirk Saargemünd mit Anweisung seines Wohnsitzes in Forbach ernannt worden.

Dem Thierarzt Jacob Beckers zu Heinsberg ist die von ihm bisher communifisch verwaltete Kreis-Thierarztstelle des Kreises Heinsberg definitiv verliehen worden.

Die Wahl des ordentlichen Lehrers Dr. Emil Haenschel an der III. höheren Bürgerschule zu Berlin zum Oberlehrer ist bestätigt worden.

Politische Nachrichten.

Berlin, 11. November.

— In verschiedenen Blättern war mit kleiner Variationen berichtet worden, Fürst Bismarck habe auswärtige, Deutsche Regierungen beeinflusst, um den allzurastigen Gang der Arbeitererregung zu verlangsamen. Nach der Münchener „Allgemeiner Zeitung“ hat diese Absicht bei verschiedenen Deutschen Regierungen nicht nur von vornherein festgestanden, sondern — nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck — auch ihre praktische Verhätigung, und zwar unter Zustimmung der bisherigen Collegen des Fürsten Bismarck, wenn nicht auf deren Initiative, gefunden.

— Dem Vernehmen nach soll dem Bundesrath ein zweiter Nachtragset für das Etatsjahr 1891/92 zugegangen sein. Die Hauptforderungen desselben sollen sich auf die Naturalverpflegung für die Verwaltung des Reichsheeres beziehen, für welche die im Etat angelegte Summe sich in Folge der gestiegenen Preise der Lebensmittel als unzulänglich erwiesen hat. Man will durch die Nachforderung einen sonst für das Etatsjahr 1891/92 mit Sicherheit zu erwartenden Fehlbetrag vermeiden. Auch die erste Rate für die Befestigung von Selgoland, für welche die Hauptforderung bekanntlich in den Etat für 1892/93 eingestellt ist, soll in dem Nachtragset enthalten sein. Die nachträglichen Forderungen würden naturgemäß, soweit sie den ordentlichen Etat